

Informationsgesellschaft in – Informatik & Gesellschaft out ?¹

Karl-Heinz Rödiger
Universität Bremen

Das kleine Wortspiel im Titel dieses Beitrags soll im folgenden dazu genutzt werden, im ersten Teil eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Informationsgesellschaft zu führen und zu hinterfragen, ob er eine Basis, ein Konzept für die weitere wissenschaftliche wie praktische Arbeit in der Informatik abgibt. Dem Begriff Informationsgesellschaft wird im zweiten Teil Gegenstand und Intention des Fachgebiets Informatik & Gesellschaft gegenübergestellt, um zum Schluß zur Mitarbeit im Fachbereich Informatik & Gesellschaft der GI aufzufordern.

Informationsgesellschaft

Mit der Nennung des Begriffs Informationsgesellschaft beginnt gleich die erste Schwierigkeit: Was kennzeichnet, was konstituiert die Informationsgesellschaft? Die Definitionen, die man findet, transportieren „Utopien, Mythen, Prognosen, die je nach kulturphilosophischem Blickwinkel, ethischer oder moralphilosophischer Verortung bzw. der politischen Konjunktur von Werten sehr unterschiedlich ausfallen“ (Keller 1999, S. 23). Stellvertretend sei hier eine englische Consultant-Firma zitiert: „Niemand weiß, welche Form die Informationsgesellschaft letztlich annehmen wird, aber die Vorteile ihrer sich entwickelnden Produkte sind offenkundig. Unternehmen, private Verbraucher und die öffentliche Verwaltung werden gleichermaßen eine größere Bequemlichkeit, Schnelligkeit, Kontrolle, Auswahl und Qualität genießen. Die Grenzen von Raum und Zeit werden grundlegend aufgelöst (Spectrum Strategy Consultants 1997, zitiert nach Kubicek 1999, S. 9).“

Oder die Begründungen sind tautologischer Natur: „Der Wandel zur Informationsgesellschaft wird in aller Regel mit der Revolutionierung auf dem Gebiet der Informationstechnik begründet. Und wodurch zeichnet sich die neue Gesellschaft aus? Wiederum durch die Entwicklung der Informationstechnik. Die Informationsgesellschaft steht für die Entwicklung der Informationstechnik et vice versa“ (Keller 1999, S. 23). Für diesen Typus von Erklärungen mag das folgende Zitat stehen: „Der Ausdruck ‚Informationsgesellschaft‘ bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Informationen und Wissen einschließlich wachsender technischer Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation eine entscheidende Rolle spielen. ... Mit der Informationsgesellschaft beginnt auch ein neues Zeitalter, das Informationszeitalter. Die Arbeits- und Lebensformen ändern sich weit fundamentaler, als dies vielen Menschen heute noch erscheinen mag“ (Rat für Forschung, Technologie und Innovation 1995, S. 9 f.).

Die verschiedenen Theorien des sozialen Wandels in den letzten 30 Jahren, die alle mehr oder minder versuchen, die sog. postindustrielle Gesellschaft strukturell und begrifflich zu fassen, können an dieser Stelle aus Platzgründen nicht behandelt werden. Verwiesen sei hier auf die Arbeiten von Jacques Ellul 1954, Daniel Bell (1973) oder Alvin Toffler (1980). Für sie alle gilt, was Dunlop und Kling in ihrem Buch *Computerization and Controversy* gesagt haben:

¹ Für den Titel bedanke ich mich bei Hans-Jörg Kreowski. Er hat ihn zuerst in seiner Weihnachts-Lecture 2000 im Fachbereich Mathematik/Informatik der Universität Bremen benutzt.

„Utopian thinkers portray societies whose members live very ideal lives“ (Dunlop/Kling 1991). Der Vollständigkeit halber sei es erwähnt: In den neunziger Jahren und bis heute wird die sozialwissenschaftliche, ökonomische und politische Diskussion von den Megatrends von John Naisbitt beherrscht: Globalisierung, Deregulierung und Individualisierung (Naisbitt 1984).

Interessanter als soziologische Theorien mögen für Informatikerinnen und Informatiker sog. hard facts sein, die möglicherweise belegen, daß wir in einer Informationsgesellschaft leben. Nach solchen Indikatoren hat z.B. auch die Bundesregierung gesucht, um ihre Aktionsprogramme, Masterpläne und Förderungsvorhaben zu untermauern. Ein solcher hard fact ist die Zahl der Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren unserer Wirtschaft. Hier haben sich in der Tat in den letzten beiden Jahrhunderten heftige Verschiebungen ergeben: Von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft im Jahr 2000.

Begriffe wie Agrargesellschaft oder Industriegesellschaft machen Angaben über die Reproduktionsbasis einer Gesellschaft; sie geben Auskunft über die ökonomischen Verhältnisse im allgemeinen und die Produktionsfaktoren im besonderen. So war Deutschland bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Agrargesellschaft (1875 arbeiteten noch 45% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft). Seitdem ist Deutschland eine Industriegesellschaft, die im wesentlichen von der Produktion und dem Verkauf von industriellen Gütern lebt.

Ist Deutschland jetzt eine Dienstleistungsgesellschaft? Seit 1985 arbeiten mehr als 50% der abhängig bzw. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Dienstleistungsbranchen. Hat tatsächlich eine Tertiarisierung, eine Verschiebung der Ökonomie zum dritten Sektor hin, stattgefunden? Liegt die Wertschöpfung heute überwiegend im Dienstleistungssektor, bei den Mehrwert-Diensten? Oder steuert Deutschland auf eine Dienstbotengesellschaft zu. Die zahlreichen Boten- und Bringedienste, wie Gepäckträger, Pizza-Service, Fahrrad-Boten usw. mögen ein Indiz dafür sein. Man spricht schon von einer „McDonaldisierung“ der Gesellschaft, was übrigens auch auf die Entlohnung abhebt. Oder ist Deutschland inzwischen gar eine Informationsgesellschaft, weil ca. 66% der Erwerbstätigen in unterschiedlichen Kontexten mit der Ver- oder Bearbeitung von Information und Wissen oder im Erziehungswesen beschäftigt sind?

Solange man das bekannte Drei-Sektoren-Modell betrachtet, das auf den Ökonomen Jean Fourastie (1954) zurückgeht, ist die Einteilung der Sektoren plausibel: Es geht um die Zuordnung von Beschäftigten zu Betriebsstätten und Wirtschaftszweigen. Legt man jedoch das Vier-Sektoren-Modell zugrunde, das die OECD 1981 festgelegt hat, wird die Situation unübersichtlich: Der vierte, der Informationssektor ist kein eigenständiger Sektor, sondern ein Kondensat aus Berufen und Tätigkeiten in den drei übrigen, denn in allen drei traditionellen Wirtschaftszweigen werden Informationen verarbeitet. Dieses Modell ist für wirtschaftsstrukturelle Zusammenhänge und Veränderungstendenzen daher unbrauchbar.

Herbert Dordick und Georgette Wang haben Anfang der neunziger Jahre versucht, die Informatisierung der Gesellschaft statistisch und im internationalen Vergleich zu erfassen. Sie haben dabei Indikatoren gewählt wie Telefonanschlüsse, Fernsehapparate, Zeitungsauflage je 1000 Einwohner, Anteil der Informationsarbeiter an der Erwerbsbevölkerung, Beitrag des Informationssektors am Bruttosozialprodukt, Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung etc. Die Autoren haben damit 21 Staaten, leider ohne Berücksichtigung des allgemeinen Entwicklungsstandes, miteinander verglichen. Heraus kam, daß z.B. die Bundesrepublik

Deutschland und Trinidad mit 32 bzw. 33 % der Erwerbsbevölkerung einen gleich großen Informationssektor haben (nach Kubicek 1999, S. 43 ff.).

Da valide Indikatoren für die Informationsgesellschaft nicht vorlagen, hat die Bundesregierung 1997 die Prognos AG beauftragt, die Position der Bundesrepublik bez. Informatisierung im Vergleich der Industrieländer durch Benchmarking zu ermitteln. Gleich eingangs ihrer Studie kommt Prognos zu einer entwaffnenden Feststellung: „Das erste Problem für das Benchmarking ergibt sich aus der Tatsache, daß für den Begriff „Informationsgesellschaft“ keine allgemeingültige und eindeutige Definition existiert“ (BMW 1997, S. 2). Unbeschadet dieser Feststellung führt die Prognos AG dann aber doch das Benchmarking fort.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit diesem Benchmark-Test erfordert einen eigenen Beitrag. Hier sei zu diesem Verfahren in Kürze nur soviel mitgeteilt: Das sog. Benchmarking ist wissenschaftlich fragwürdig. Es werden sehr unterschiedliche Indikatoren nebeneinandergestellt; sie sind fragwürdig bzw. sagen nichts aus (Ausgaben pro Kopf müßten zu Preisen in Relation gesetzt werden.). Eine Gewichtung findet nicht statt. Die Indikatoren beschreiben keine disjunkten Bereiche. Ihr Zusammenhang zur Informationsgesellschaft ist unklar. Ebenfalls unklar bleibt, welche Schlussfolgerungen aus den Indikatoren gezogen werden sollen.

Neben diesem Benchmark-Test existieren noch eine Vielzahl anderer Untersuchungen, die alle die Existenz der Informationsgesellschaft mit irgendwie erhobenen statistischen Daten belegen sollen. Sie alle kann man mit guten Gründen infrage stellen (zur Vertiefung s. Kubicek 1999, S. 41 ff.).

An dieser Stelle sei noch kurz auf die Programmatik hingewiesen, die dem ganzen Unterfangen, die Informationsgesellschaft herbeizureden, unterliegt: In den Quellen dazu, am besten in der Clinton/Gore Initiative (Information Infrastructure Task Force 1993) und im sog. Bangemann-Report (Bangemann 1994), ist nachzulesen, worum es in der Informationsgesellschaft recht eigentlich geht: Um die Erschließung neuer Märkte für die Informationstechnik über Landesgrenzen hinweg (Globalisierung), die Beseitigung von Handelshemmnissen durch Liberalisierung der Märkte (Deregulierung) und um die Erzeugung neuer Bedürfnisse (Individualisierung).

Das gesamte Projekt Informationsgesellschaft entpuppt sich damit als ein gigantisches Marketing-Vorhaben, bei dem die bürger- bzw. arbeitnehmerorientierten Interessen nur am Rande als Schlagworte vorkommen. Stattdessen setzen Politik und Wirtschaft auf eine ungehemmte Informatisierung (Mobilfunk, ADSL, e-commerce, e-procurement, Computer in die Schulen, ans Netz etc.). Die Informationsgesellschaft ist damit eine Schimäre; Informationen und Wissen waren und sind für jede Gesellschaft (-sform) konstitutiv. Die Programmatik dient vordringlich dazu, neue Märkte und neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Statt Informations- und Wissensdefizite abzubauen, ist die Programmatik dazu angetan, soziale Disparitäten zu verschärfen. Staatliche Aufgaben werden zunehmend privatisiert, während privatwirtschaftlich zu erbringende Ausgaben vergesellschaftet werden. Auch durch vielfachen Gebrauch des Begriffes Informationsgesellschaft kommt keine neue Qualität von Gesellschaft heraus.

Zur Erinnerung: Bis Ende der achtziger Jahre wurden unter den Stichworten „sozialverträgliche Technikgestaltung“ und „soziale Beherrschbarkeit“ Forschungsvorhaben öffentlich finanziert, die die Untersuchung sozialer Risiken neuer Technologien zum

Gegenstand hatten. Seit Ende der achtziger Jahre verlieren etablierte Regelungen zur sozialen Technikbeherrschung (BetrVG, BDSG, TK-Gesetze) zunehmend an Bedeutung. Es scheint, daß inzwischen selbst die Gewerkschaften davon überzeugt sind, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit nur noch über forcierten Technikeinsatz sicherzustellen ist. Diskussionen um die Beherrschbarkeit des technischen Wandels werden nicht mehr geführt, Forschung dazu nicht mehr gefördert.

Betrachtet man die durch die Promotion der Informationsgesellschaft entstehenden Konfliktfelder, stößt man auf einen Themenliste, die insgesamt im FB 8 der GI bearbeitet werden müßte: Information und Wissen: Kultur- oder Wirtschaftsgut? Geistiges Eigentum oder Open Source? Netzzugang nur für Gebildete und Zahlungskräftige? Wer regiert das Netz? Internet und nationales Recht. Ende des Datenschutzes im Netz? Meinungsfreiheit vs. Überwachung. Bildungswesen: Staatlich oder privatisiert?

Informatik & Gesellschaft

Der zweite Teil dieses Beitrags setzt sich mit den Anfängen und dem momentanen Zustand des Fachgebiets Informatik & Gesellschaft in Lehre und Forschung sowie der Verfassung des entsprechenden Fachbereichs der GI auseinander.

Wäre es nach denjenigen gegangen, die dereinst das Lehr- und Forschungsgebiet Informatik & Gesellschaft begründet hatten (1970), oder nach denen, die den gleichlautenden Fachbereich innerhalb der Gesellschaft für Informatik (GI) aus der Taufe gehoben haben (ca. 1982, damals noch Fachausschuß genannt), müßte man heute keine existentiellen Überlegungen zu dem unter dem im Titel aufgeführten Wortspiel anstellen. Auch die Informatiktage in Bad Schussenried belegen, daß das Gebiet Informatik & Gesellschaft offensichtlich zur *quantité négligeable* geworden ist: In diesem Jahr, wie schon im vergangenen, wurde kein Beitrag eingereicht, der Themen behandelt, die dem Fachbereich 8 (Informatik & Gesellschaft) zuzurechnen sind. In diesem Beitrag soll ein erster Versuch einer Analyse der Situation unternommen werden. Eingangs sei hierzu an die Wurzeln des Fachgebiets und an die Ursprünge des entsprechenden Fachbereichs innerhalb der GI erinnert.

Die Ursprünge

Zu den Ursprüngen des Faches Informatik & Gesellschaft muß man beinahe 70 Jahre zurückgehen, in die Zeit des Nationalsozialismus. In dieser Zeit (1934) wurde die damals Technische Hochschule Berlin genannte Bildungsstätte von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet. Der Lehrkörper wurde auf Adolf Hitler vereidigt, jüdische Wissenschaftler und Studierende vertrieben. 1935 wurde die sog. Wehrtechnische Fakultät gegründet, deren Aufgabe es war, „eine genügend großen Zahl aktiver Offiziere auf einen möglichst hohen Stand des militärtechnischen Könnens zu bringen“ (Ebert & Rupieper 1979, S. 469), Rüstungsforschung zu betreiben sowie an der Aufrüstung der Wehrmacht mitzuwirken. Damit stand die TH Berlin „an der Spitze der Bewegung ..., die zu der nationalsozialistischen Eroberung der Universitäten und der höheren Bildungseinrichtungen führte“ (Ebert 1979, S. 465).

Um zu verhindern, daß sich Ähnliches in der Zukunft wiederholen könnte, um neben die technische Spezialisierung Allgemeinbildung zu setzen, entstand beim Wiederaufbau der TH Berlin und bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs nach dem Krieg die Idee des

„Humanistischen Studiums“. „Das beschränkte und unpolitische Spezialistentum, das die Technischen Hochschulen in der Vergangenheit für reaktionäre Bestrebungen und militärischen Mißbrauch empfänglich gemacht habe, sollte eliminiert werden, der Ingenieur in die Lage versetzt werden, seiner Verantwortung gegenüber der menschlichen Gemeinschaft stärker als bislang nachzukommen“ (Brandt 1979, S. 513). Ziel des Humanistischen Studiums, das im Wintersemester 1948/49 aufgenommen wurde, war die „Heranbildung eines guten Diplomingenieurs mit einer humanistischen Grundbildung“.

Hierzu mussten Studierende der Ingenieurwissenschaften zusätzlich zu ihrem fachwissenschaftlichen Studienplan 12 bis 16 Stunden in gesellschafts-, literatur- oder kunstwissenschaftlichen Fächern belegen und darin Übungsscheine erwerben bzw. Prüfungen ablegen. Da an der Humanistischen Fakultät – ihre Einrichtung verhalf der TH zum neuen Namen – inzwischen Wissenschaftler von Rang lehrten, genannt seien hier als Beispiel der Literaturwissenschaftler Walter Höllerer und der Musikwissenschaftler Hans-Heinz Stuckenschmidt, war das Lehrangebot vielfältig und von hohem Niveau.

Dennoch regte sich bald auch Kritik: „Neben Stimmen, die eine stärkere Berücksichtigung der späteren Berufssituation forderten, standen studentische Vorwürfe ... statt das ‚Wesentliche‘ herauszuarbeiten, würde durch eine ‚ziellos und verzerrt erscheinende Reihe von Vorlesungen Halbbildung‘ vermittelt“ (Brandt 1979, S. 516). Das humanistische Studium wurde zunehmend als lästig und aufgesetzt empfunden; vollends pervertiert wurde die Idee der humanistischen Grundbildung dann dadurch, daß die Studierenden vornehmlich zu den Veranstaltungen gingen, in denen die Leistungsnachweise vergleichsweise einfach zu erwerben waren. Mit dem Sommersemester 1968 wurde das Humanistische Studium dann abgeschafft.

Mit dem Berliner Hochschulgesetz von 1969 wurde den Fachbereichen an der TU Berlin die Möglichkeit gegeben, gesellschaftliche Fragestellungen fachspezifisch zu behandeln. Diese Chance ergriffen vier Fachbereiche: Elektrotechnik, Verkehrswesen, Landschaftsbau und Informatik. In ihnen wurden Seminare eingerichtet und mit Personal ausgestattet, das sich vordringlich mit Fragen der Auswirkungen der jeweiligen Disziplinen auseinandersetzte. Einzig überlebt hat – allerdings in veränderter organisatorischer Struktur – das Informatik-Seminar. Es war unzweifelhaft die erste Einrichtung, die sich mit Fragen von Informatik & Gesellschaft befaßte. Die Grundidee war auch beispielgebend für die Einrichtung von Informatik & Gesellschaft-Professuren an anderen Universitäten.

Wie alles anfing

Etabliert wurde das Informatik-Seminar 1970. Eine „Gemeinsame Kommission zur Einrichtung des Studiengangs Informatik“ hatte die Aufgabe, im Rahmen des 1. Datenverarbeitungsprogramms der Bundesregierung (1967-70) das Lehr- und Forschungsgebiet Informatik und den entsprechenden Studiengang an der TUB aufzubauen. Die handelnden Personen waren Assistenten und Studenten der Mathematik und Elektrotechnik. Sie brachten in diese Kommission den Vorschlag zur Einrichtung eines sog. Informatik-Seminars ein, das die „Analyse der gesellschaftlichen Implikationen der in den Forschungsgruppen der Informatik betriebenen Technologie, die Analyse des Berufsbildes und der Berufspraxis der Informatiker“ zur Aufgabe haben sollte.

Hintergrund dieses Vorschlags war – wie schon ausgeführt - die Geschichte der TUB im Nationalsozialismus: Studierende sollten ihr Informatik-Studium nicht als „Fachidioten“

beenden, die sich nie mit den gesellschaftlichen Triebfedern und Wirkungen ihrer Disziplin beschäftigt haben. Maßgebend waren aber auch die eigenen Erfahrungen mit dem Humanistischen Studium: Gesellschaftswissenschaftliche Lehre sollte nicht abgehoben vom Fachstudium angeboten werden, sondern integriert in dieses. So forderten die Antragsteller dann auch im ersten Anlauf, daß jeder Fachvertreter in der Informatik die gesellschaftlichen Wirkungen in seiner Fachlehre mitbehandeln müsse.

Erst als von Hochschullehrerseite glaubhaft gemacht wurde, daß man damit überfordert sei, da die Kompetenz hierzu fehle, entschloß man sich zur zweitbesten Lösung, die diesem Fachgebiet gerade heute vielfach zur Last wird: Zur Eigenständigkeit des Lehr- und Forschungsgebiets Informatik & Gesellschaft. Gerade heute empfinden viele Studierende dieses Fach als aufgesetzt, als zusätzlich, gar als Ballast, der daran hindert, die „richtige“ Informatik zu erlernen.

Im Wintersemester 1970/71 nahm das Informatik-Seminar an der TUB den Lehrbetrieb auf; es war zu der Zeit personell mit sieben Tutoren ausgestattet. Den Ideen der Studentenbewegung von 1968 verpflichtet, orientierte sich das Seminar zunächst an den Arbeiten von Karl Marx. Erste Arbeiten, die inhaltlich füllen sollten, was unter gesellschaftlichen Implikationen verstanden werden könnte, waren politökonomische Untersuchungen zur Rolle der Rechentechnik im kapitalistischen Produktionsprozeß, zum Verhältnis von Arbeit und Computer, zum Computer im unmittelbaren Produktionsprozeß etc. Parallel dazu setzte sich das Seminar mit Werken oder theoretischen Ansätzen auseinander, die für die Informatik und deren gesellschaftlicher Wirkung von Bedeutung waren: Z.B. mit der Studie des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ oder mit Georg Klaus' Kybernetischem Ansatz. Bis 1975 wurde ein ca. 200 Seiten umfassendes Skript zu den Lehrveranstaltungen in Informatik & Gesellschaft erarbeitet (zum Inhalt und zur Struktur der Lehrveranstaltungen s. Autorenkollektiv 1980, S. 133 ff.).

Rückblickend mag man die ein oder andere Interpretation des Informatik-Seminars kritisieren. Eines kann man ihm aber nicht absprechen: Es war in Lehre und Forschung immer hochaktuell und auf der Höhe des wissenschaftlichen Diskurses. Will man die Arbeit dieses Seminars korrekt würdigen, darf man nicht unterschlagen, daß es sich in dieser Zeit (70er Jahre) kontinuierlich mit den verschiedenen in der Folge der Studentenbewegung entstandenen kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen am Fachbereich auseinandersetzen mußte, die alle die politische Oberhoheit im Informatik-Seminar erlangen wollten. Und es mußte sich dauernd gegen Angriffe konservativer Hochschullehrer verteidigen, denen das Seminar ein Dorn im Auge war, und die die Personalstellen am liebsten in ihre Forschungsgruppe vereinnahmt hätten. Inzwischen war dem Seminar auch eine Assistenten-Stelle zugebilligt worden. Die Auseinandersetzungen fanden ihren Höhepunkt 1976 nach dem Erlaß eines neuen Hochschul-Rahmengesetzes, das die Drittelparität in den Hochschulgremien aufhob.

Die Haltung der Berliner Informatik-Hochschullehrer orientierte sich offensichtlich mehrheitlich an der Auffassung von Adolf Butenandt, zu der Zeit Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, der da meinte, „Forschertätigkeit braucht nach der gesellschaftlichen Relevanz nicht zu fragen“ (zitiert nach Röbbcke 1997, S. 192). Dem hatte Hans Leussink, Wissenschaftsminister in der sozialliberalen Koalition schon 1971 seine Auffassung vom Auftrag der Wissenschaft entgegengesetzt. Er meinte, daß „Forschung nicht mehr losgelöst von den Folgen ihrer Anwendung, die sich daraus für die Gesellschaft ergeben, betrachtet und betrieben werden kann“ (zitiert nach Röbbcke 1997, S. 192). 1978 beruhigte sich das

Verhältnis der Informatik-Professoren zum Informatik-Seminar; gegenseitige Toleranz war angesagt.

In der Zwischenzeit hatten sich in Wien, an der Universität Dortmund und mit der Gründung eines Informatik-Studiengangs auch an der Universität Bremen 1978 ähnliche Initiativen und Ansätze zu einem Fach Informatik & Gesellschaft gebildet. Getragen wurden diese Initiativen von Informatikern und Sozialwissenschaftlern. Ende der siebziger Jahre beschloß der Studiengang Informatik an der TUB die Einrichtung einer Professur Informatik & Gesellschaft, die 1984 dann mit einem Juristen besetzt wurde.

1986 wurde an der Universität Hamburg eine Hochschullehrer-Stelle, die von der Ausrichtung in der Lehre dem Gebiet Informatik & Gesellschaft zugerechnet werden kann, mit einem Wirtschaftswissenschaftler besetzt. Im gleichen Jahr besetzte die Universität Bremen eine Professur für Informatik & Gesellschaft mit einem Sozialwissenschaftler. 1990/91 wurden an der Universität Freiburg im Institut für Informatik & Gesellschaft gleich drei Professuren besetzt: Mit einer theoretischen Informatikerin, einem Telematiker und einem Kognitionswissenschaftler. 1992 übernahm ein Kommunikationswissenschaftler eine Professur für Informatik & Gesellschaft an der Universität Dortmund. Im gleichen Jahr erhielt ein Diplom-Informatiker an der Universität GH Paderborn eine Professur für Informatik & Gesellschaft. Seit 1996 ist an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Professur für Informatik & Gesellschaft ebenfalls mit einem Informatiker besetzt. Daneben gibt es dann noch ein Fernstudium Informatik & Gesellschaft an der Universität Tübingen, das ebenfalls von einem Informatiker geleitet wird. Daneben gibt es an den Universitäten in Berlin, Bremen und Hamburg weitere Hochschullehrer, die Lehre in Informatik & Gesellschaft anbieten und auf diesem Gebiet forschen.

Über die Lehre aller Hochschullehrerinnen und –lehrer in I&G läßt sich kaum Verbindliches sagen, da keine Untersuchungen hierzu vorliegen. Allenfalls läßt sich konstatieren, daß es höchstens ein implizites gemeinsames Verständnis, jedoch keinen verbindlichen Kanon für dieses Fach gab und gibt.. Ein Blick ins Internet verrät die Heterogenität des Lehrangebots, das sich in erster Linie an der eigenen Ausrichtung und an der aktuellen Forschung orientiert. Die Aufzählung mag einen Eindruck über die geringe Anzahl von Professuren in Informatik & Gesellschaft vermitteln; sie zeigt aber auch mit welcher unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen die Personen in diesem Fachgebiet angetreten sind.

Daran haben auch verschiedene Versuche, mittels (Lehr) -büchern oder –briefen den Inhalt und die Didaktik des Faches verbindlich zu beschreiben, nichts geändert. Steinmüller hat in seinem umfangreichen Werk (Steinmüller 1993) den Versuch einer theoretischen Fundierung von I&G gestartet. Dieser Versuch muß als gescheitert angesehen werden, da er in seinem Bemühen nach Vollständigkeit aller fachlichen Aspekte und Perspektiven nahezu die gesamte Informatik und die Wissenschaftstheorie obendrein behandelt, und sich dabei leider in den Verästelungen seiner Darstellung verloren hat. Nach wie vor ist dieses Buch jedoch ein Steinbruch (man verzeihe das Wortspiel), in dem auch heute noch abschnittsweise Interessantes zu entdecken ist. Als Beschreibung eines Kanons in I&G ist es allerdings untauglich.

Anders das als Lehrbuch beabsichtigte Werk von Friedrich/Herrmann/Peschek/Rolf (1995): Die Herausgeber starten gar nicht erst den Versuch einer theoretischen Fundierung oder einer Begründung ihrer Themenauswahl. Dadurch, durch die Vielzahl der Autoren und durch die Heterogenität der Beiträge ist ein eklektizistisches Buch entstanden, das allenfalls als Beispiel taugt, wie man Lehrbücher nicht verfassen sollte; als kanonische Beschreibung von I&G ist es

untauglich. Durch das Aussparen jeden theoretischen Anspruchs ist es gar unmoderner denn Steinmüllers Werk.

Bleiben die Tübinger Studentexte Informatik und Gesellschaft (Universität Tübingen 1999), sie sind das jüngste Werk. Von der Auswahl der Themen und der zugrundeliegenden Idee bewegen sich die Texte in der Nähe des Buches von Friedrich/Herrmann/Peschek/Rolf, wobei einzelne Themen allerdings wesentlich fundierter und ausführlicher behandelt werden. Will man beispielsweise Ethik in der Informatik in der eigenen Lehrveranstaltung behandeln, bietet der dazugehörige Studententext eine sehr gute Grundlage. Der Impetus etlicher Texte ist dem des Buches von Friedrich/Herrmann/Peschek/Rolf verwandt: In aufklärerischer Haltung sollen die Studierenden der Informatik zu arbeitswissenschaftlichen Gestaltern werden, auf daß sie in der Berufspraxis bessere, sozialverträglichere Systeme gestalten. Dagegen ist von Grunde her nichts einzuwenden.

Nur scheint der verantwortlichen Projektgruppe wie dem wissenschaftlichen Beraterkreis entgangen zu sein, daß Informatiker 1999 bereits mehr als Benutzungsschnittstellen und gute interaktive Systeme gestaltet haben und noch gestalten: Mit dem Internet, dem WWW, den Systemen des e-commerce etc. gestalten sie inzwischen gesellschaftliche Wirklichkeit und „fuschen“ – gewollt oder ungewollt – den Juristen und Ökonomen ins traditionelle Handwerk, ja mehr noch, sie stellen mit ihren Systementwicklungen diese Juristen und Ökonomen vor Probleme, die die mit ihren Mitteln kaum noch in den Griff bekommen.

Was taugen die wunderschönen nationalen Gesetze noch in Zeiten der Globalisierung? Bundesdatenschutz-Gesetz hin, Standardvertragsklauseln der EU her: Was macht ein deutscher Betriebsrat, wenn die personenbezogenen Daten seiner Beschäftigten außerhalb der EU verarbeitet werden, und das verarbeitende Unternehmen allenfalls die safe harbour principles gelten läßt. Was macht ein Software-Unternehmen, dessen Patentanmeldung nach deutschem Recht nicht akzeptiert wurde, nun aber feststellt, daß Microsoft über ein europäisches Patent für einen relativ ähnlichen Algorithmus verfügt? Und was macht der Internet-Kunde, der im Streitfall erfährt, daß er einen Kaufvertrag nach amerikanischem Handelsrecht abgeschlossen hat? Mit welchen Regelungen sind die Probleme eine Employee Self Service (ESS), wie ihn SAP für seine HR-Systeme empfiehlt, einzufangen?

Daneben gibt es sicherlich immer wieder Anforderungen an I&G, die aus der hier vertretenen Ansicht neben einem verbindlichen Kanon aus aktuellem Anlaß behandelt werden müssen: Z.B. die Rasterfahndung nach Menschen, die ihre Miete, ihre Strom- und Telefon-Rechnungen immer pünktlich bezahlt und auch ihren Obolus an die GEZ regelmäßig entrichtet haben; oder die sog. Kollateralschäden infolge ungenauer oder fehlerhafter Informatiksysteme, die aber, da der Krieg ein gerechter und der freien Welt geschuldeter ist, hingenommen werden müssen. Oder die psychologische Kriegsführung mit Computerbildern, die seit dem Golf-Krieg Bevölkerungen hier und dort konditionieren sollen.

Der Fachbereich Informatik & Gesellschaft in der GI

Die Gesellschaft für Informatik wurde 1969 als wissenschaftliche Vereinigung gegründet. 1974 wurde der Fachausschuß 15 der GI „Informatik & Gesellschaft“ aus der Taufe gehoben. Bei der Neugliederung der GI im Jahr 1983 wurde aus dem FA 15 der Fachbereich 8 mit dem gleichen Namen. Bis in die frühen achtziger Jahre hinein hatte der Bereich Informatik & Gesellschaft in der GI einen schweren Stand. Er wurde als eher lästig und nicht der ‚eigentlichen‘ Informatik zugehörig betrachtet. Seinen manifesten Ausdruck fand diese

Haltung darin, daß die Proceedings seiner ersten Tagungen nicht das Imprimatur des Vorstandes der GI erhielten und deshalb nicht in den üblichen Reihen bei Springer publiziert werden durften.

So erschienen die Texte des Werkstattgesprächs „Gesellschaftliche Wirkungen großer Informationssysteme aus der Sicht verschiedener Disziplinen“ (1977) ebenso wie die Proceedings der überaus erfolgreichen Kasseler Tagung „Fortschritt der Computer – Computer für den Fortschritt“ (1980) als Mitteilungen des Fachbereichs Informatik der Universität Hamburg. Den Höhepunkt in der Auseinandersetzung der GI um ihr eigenes Selbstverständnis stellte die Kontroverse um die Verfassungsklage gegen Frühwarnsysteme dar, die in der Konsequenz zur Gründung des Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. am 2. Juni 1984 in Bonn führte.

Die GI hatte sich geweigert, Informationen zu dieser Verfassungsklage, die von Informatikern zusammen mit Juristen angestrengt worden war, über ihren Verteiler zu verbreiten. Kritische Kreise in der GI, die nicht unbedingt alle dem FB 8 angehörten, hatten dies als Ausgleich gegen das „Bombardement“ mit Werbung über Seminare über und zur Entwicklung von militärischen Informatiksystemen gefordert. Danach, in den weiteren Achtzigern beruhigte sich das Verhältnis zwischen GI-Vorstand und FB 8, das Klima wurde zusehends toleranter. Es war auch die hohe Zeit der FB 8 – Aktivitäten. Zahlreiche Arbeitskreise vor allem zu verschiedenen Themen der Arbeit und zur Theorie der Informatik (Coy et al. 1992) und Workshops belegen dieses. Bis 1994 war auch noch der Arbeitskreis Verantwortung aktiv, der zu dem Zeitpunkt seine Ethischen Leitlinien (Rödiger/Wilhelm 1996) vorlegte. Ein Höhepunkt in der Arbeit des FB 8 war dann noch die Freiburger Fachtagung 1992 mit dem Titel „Informatik cui bono?“ (Langenheder/Müller/Schinzel 1992).

Etliche Gliederungen der GI geben Fachzeitschriften für ihre Mitglieder heraus. Etwas ähnliches dauerhaft auch im Fachbereich 8 zu etablieren, ist nicht gelungen. Die Zeitschrift InfoTech, die zeitweise diese Rolle übernahm, wurde nach einigen Jahrgängen eingestellt. Auf gutem Niveau hat sich hingegen die Mitglieder-Zeitschrift des FIFF, die FIFF-Kommunikation etabliert, die in vierteljährlicher Erscheinungsweise, Themen behandelt, die alle auch im FB 8 angesiedelt sein könnten.

Rückgang der Aktivitäten

Doch schon mit den ausgehenden achtziger Jahren deutete sich ein Abschwung in den Aktivitäten an. Die Arbeitskreise zur Arbeit, ehemals drei, stellten sukzessive ihre Aktivitäten ein. Andere, z.B. zu großen Informationssystemen kamen nicht mehr „auf die Beine“. Letztlich arbeiteten nur noch die Fachgruppen und Arbeitskreise weiter, die auch heute noch oder wieder aktiv sind:

FG 8.1 Frauenarbeit und Informatik

FG 8.2 Informatik- und Computergeschichte

FG 8.3 Informatik und Dritte Welt

FG 8.4 Computer als Medium

FG 8.5 Informatik und Verantwortung

AK 8.0.1 Studienreform

AK 8.0.2 Informatik im politisch administrativen Bereich

Was nun sind die Gründe für diesen Abschwung? Hier lassen sich zahlreiche nennen. Zuerst muß man wohl konstatieren, daß die immer rascher voranschreitende Informatisierung der Gesellschaft inzwischen auch einen Teil der kritischen Stimmen überrollt hat. Im Zuge dieser Informatisierung wurden Forderungen, die beispielsweise die Arbeitskreise des FB 8 zu Themen der Arbeit aufgestellt hatten, von den Anbietern am Markt einfach erfüllt: Forderungen nach besserer Ergonomie von Hard- und Software, nach Strahlenschutz bei Bildschirmgeräten, nach bildschirmgerechten Arbeitsplätzen etc. Selbst Forderungen, die in arbeitsorganisatorische Zusammenhänge eingriffen, wie die nach werkstatorientierter Programmierung wurden realisiert.

Damit war aus diesen Arbeitskreisen „die Luft heraus“. Weitergehende Forderungen nach persönlichkeitsförderlicher Arbeit hätte zur Umsetzung immenser Arbeit bedurft, geht aber auch an der originären Kompetenz von Informatikern/-innen vorbei. Beurteilt man die Erfolge derjenigen, die sich in den achtziger Jahren des Themas Arbeit angenommen hatten mit einem Schuß Zynismus, kann man sagen: Es gibt allerorten normgerechte, jedoch ansonsten trostlose Arbeitsplätze. Daran hat auch die Marketing-Offensive der SAP unter dem Titel „Enjoy SAP“ (SAP INFO 1999) nichts geändert.

Die Datenschutz-Diskussion und die um Leistungs- und Verhaltenskontrollen (§ 86 Abs. 1 Nr 6 BetrVG) wurden in den Betrieben mit standardisierter Betriebsvereinbarungs-Prosa befriedet. Die gewerkschaftliche Diskussion um Technologie-Politik, die in den Werken von Friedrichs „Automation – Risiko und Chance“ 1965 und bei Zimmermann „Humane Arbeit – Leitfaden für Arbeitnehmer“ 1982 ihre Höhepunkte hatte, erlahmte zusehends. Bis dahin, daß heute DGB, IG Metall und HBV ihre Technologie-Abteilungen liquidiert haben. Einzig DPG, HBV und IG Medien (alle inzwischen zu Verdi verschmolzen) leisten sich mit dem Online Forum Telearbeit (Onforte o.J.) ein technologisches Forschungs- und Beratungs-Institut.

Ein weiterer Grund ist auch, daß die von der SPD 1974 aufgelegten Forschungs-Förderungsprogramme zur Technik-Gestaltung unter dem Titel „Humanisierung des Arbeitslebens, HdA“ ausgelaufen waren. Auch das Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ in Nordrhein-Westfalen wurde nicht weitergeführt. Damit fehlten entscheidende Mittel für die Forschung auf den Gebieten von Informatik & Gesellschaft. Die Informationsgesellschaft gewann die Oberhand.

Die Hochschullehrer-Stellen in Informatik & Gesellschaft waren mit halbwegs jungen Leuten besetzt. Aussichten auf weitere Stellen gab es nicht. Damit fiel ein wesentlicher Impetus für junge Informatiker/-innen fort, sich wissenschaftlich für Informatik & Gesellschaft zu qualifizieren. Hinzu kommt, daß wissenschaftliche Arbeiten, wie Diplomarbeiten und Dissertationen, zu Themen von Informatik & Gesellschaft nicht unbedingt als Ausweis für die Praxis angesehen werden.

Und schließlich noch ein marginaler, aber nicht zu vernachlässigender Grund hat am Abschwung von I&G mitgewirkt. Einige Hochschullehrer haben sich aus den Feldern von Informatik & Gesellschaft verabschiedet, um zusammen mit ihren Mitarbeitern jetzt ‚richtige‘ Informatik zu betreiben und am Aufbau der Informationsgesellschaft mitzuwirken.

Dabei sind dem Fachbereich 8 der GI bei weitem nicht die Themen oder Anlässe ausgegangen; im Gegenteil gibt es heute eher mehr denn in früheren Jahren. Schaut man beispielsweise die Pressemitteilungen der GI in der letzten Zeit an, so behandeln viele Themen, die im FB 8 bearbeitet werden sollten. Beispielhaft seien hier genannt: Rasterfahndung (11.10.2001), Biometriedaten in Personalausweisen (5.11.2001) und IT-

Sicherheit (15.11.2001). Die Gesellschaft für Informatik ist solchen Themen gegenüber inzwischen sehr aufgeschlossen. Die Struktur des mit dem FB 8 der GI korrespondierenden Technical Committee der IFIP (TC 9) zeigt, daß zu einigen Themen in der GI die Spiegelgremien existieren, einige Felder jedoch nicht besetzt sind:

- Computers and Work
- Social Accountability
- Home Oriented Informatics and Telematics
- Social Implications of Computers in Developing Countries
- Applications and Social Implications of Virtual Worlds
- Information Technology: Misuse and The Law
- History of Computing
- Women and Information Technology

Daneben lassen sich weitere wichtige Themenfelder finden, in denen die Arbeit sofort aufgenommen werden sollte, da sie bislang wenig bearbeitete Forschungsfelder, jedoch drängende Fragen der Gesellschaft berühren. Einer Fachorganisation wie der GI stünde es gut an, auch zu diesen Themen Erkenntnisse zu verbreiten und Standpunkte zu entwickeln: Governance, Intellectual Property Rights, Security and Liability, Privacy. Nicht ohne Grund enthalten die programmatischen Äußerungen zur Informationsgesellschaft einige dieser Themen als Arbeitsfelder.

Gesucht sind junge, kritische Informatikerinnen und Informatiker, die die Verantwortung für sich, für die Gesellschaft, für die Disziplin übernehmen und sich dieser Themen annehmen. Hierzu sind alle aufgefordert.

Literatur

Autorenkollektiv

10 Jahre Fachbereich 20. Berlin 1980.

Bangemann, M.

Europa und die globale Informationsgesellschaft - Bericht für die EU. Brüssel 1994.

Bell, D.

Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt 1985. Original: The Coming of Post-Industrial Society. New York 1973

BMWi (Hrsg.)

Info 2000 - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. BMWi, Bonn 1996.

BMWi (Hrsg.)

Informationsgesellschaft in Deutschland. Daten und Fakten im internationalen Vergleich. Zwischenbericht der Prognos AG zum Benchmarking-Projekt. Bonn 1997.

Bonsiepen, L., U. Hohage und R. Gropengießer (Red.)

10 Jahre Informatik an der Universität Bremen. Bremen 1988.

Brandt, P.

Wiederaufbau und Reform. Die Technische Universität Berlin 1945-1950. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 495-522.

Coy, W. et al. (Hrsg.)

Sichtweisen der Informatik. Braunschweig 1992

Der Bundesminister für Forschung und Technologie

Programm: Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens. Bonn 1986 ff.

Dunlop, C. and R. Kling (eds.)

Computerization and Controversy: Value Conflicts and Social Choices. Boston 1991

Ebert, H.

Die Technische Hochschule Berlin und der Nationalsozialismus: Politische „Gleichschaltung“ und rassistische „Säuberungen“. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 455-468.

Ebert, H. und H.-J. Rupieper

Technische Wissenschaft und nationalsozialistische Rüstungspolitik: Die Wehrtechnische Fakultät der TH Berlin 1933-1945. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 469-491.

Ellul, J.

The Technological Society. New York 1964. Original: La technique ou l'enjeu du siècle. Paris 1954.

Friedrich, J., Th. Herrmann, M. Peschek und A. Rolf (Hrsg.)

Informatik und Gesellschaft. Heidelberg 1995.

Friedrichs, G. (Red.)

Automation – Risiko und Chance. 2 Bände. Frankfurt 1965.

Information Infrastructure Task Force (IITF)

The National Information Infrastructure – Agenda for Action. US Department of Commerce, Washington DC 1993.

Keller, C.

Anmerkungen zu Theorie und Praxis der »Informationsgesellschaft«. FIF-Kommunikation 16 (1999) Nr. 1, S. 21-27

Kubicek, H.

Möglichkeiten und Gefahren der „Informationsgesellschaft“. Tübinger Studentexte Informatik und Gesellschaft, Tübingen 1999.

Langenheder, W., G. Müller und B. Schinzel (Hrsg.)

Informatik cui bono. GI-FB 8 Fachtagung. Freiburg, 23.-26. September 1992, Berlin 1992.

Mosdorf, S.

Bausteine für einen Masterplan für Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bonn 1998

Naisbitt, J.

Megatrends. 10 Perspektiven, die unser Leben verändern werden. 2. Aufl., Bayreuth 1984. Original: Megatrends. Ten New Directions Transforming our Lives. New York 1982

Onforte

Basisinformation Telearbeit, Frankfurt o.J.

Rat für Forschung, Technologie und Innovation

Informationsgesellschaft. Chancen, Innovationen und Herausforderungen. Bonn 1995

Röbbecke, M.

Mitbestimmung und Forschungsorganisation. Baden-Baden 1997.

Rödiger, K.-H. und R. Wilhelm

Zu den ethischen Leitlinien der Gesellschaft für Informatik. Informatik-Spektrum 19 (1996), S. 79-86.

SAP INFO (1999) Nr. 59

Spectrum Strategy Consultants

Moving into the Information Society. An International Benchmarking Study.

Steinmüller, W.

in: GI Gesellschaft für Informatik (Hrsg.), Informatiktage – Fachwissenschaftlicher Informatik-Kongress,
Leinfelden 2002, S. 25-33

Informationstechnologie und Gesellschaft. Einführung in die Angewandte Informatik.
Darmstadt 1993

Toffler, A.

Die Zukunftschance. Von der Industriegesellschaft zu einer humanen Zivilisation.
München 1980. Original: The Third Wave. New York 1980.

Universität Tübingen – Wilhelm-Schickard-Institut für Informatik (Hrsg.)

Tübinger Studentexte Informatik und Gesellschaft. Tübingen 1999.

Zimmermann, L. (Hrsg.)

Humane Arbeit – Leitfaden für Arbeitnehmer. 5 Bände. Reinbek 1982.